

## **2. EINWOHNERGEMEINDE VERSAMMLUNG**

Freitag, 23. November 2007, 20.15 im Gemeindezentrum

Mit dem Gemeinderat sind 70 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger anwesend. Die Presse ist vertreten durch Otto Graf, welcher für die Basellandschaftliche Zeitung und die Volksstimme schreibt. Als Gäste ohne Stimmrecht werden Barbara Berger, Frenkendorf, (Einbürgerung gemäss Traktandum 2) und Ulli Geisler, (Vertreterin der Schule) begrüsst.

Als Stimmzähler werden Stefan Imhof und Marcel Brühwiler vorgeschlagen und gewählt.

Der Verwalter verliest die Beschlüsse der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2007. Danach wird die vorgelegte Traktandenliste ohne Änderung genehmigt.

### Traktanden:

1. Protokoll Einwohnergemeindeversammlung vom 01.06.2007
2. Wiedereinbürgerung Berger Barbara
3. Erweiterung Zivilschutzorganisation Sonnenberg, Genehmigung Vertrag
4. a) Genehmigung Voranschlag 2008  
b) Festlegung Steuersätze 2008
5. Entschädigungen Behörden und Kommissionen
6. Abrechnung Zonenplanung
7. Information zur Situation Turnhalle
8. Verschiedenes

### **1. Protokoll Einwohnergemeindeversammlung**

Vom Verwalter werden eingangs die Beschlüsse der letzten Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2007 vorgelesen.

..//.. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

### **2. Wiedereinbürgerung Berger Barbara**

Gemeinderat Günther Merz stellt dieses Geschäft vor. Frau Berger hat das Bürgerrecht von Maisprach mit der Heirat verloren und es leider versäumt, im Rahmen des neuen Eherechtes die Wiedererlangung des angestammten Bürgerrechtes zu beantragen. Die Fristen sind abgelaufen und die Wiedereinbürgerung muss daher im ordentlichen Verfahren erfolgen. Der Gemeinderat kann die Einbürgerung vorbehaltlos empfehlen und hat die Gebühr auf Fr. 100.-- festgelegt.

Frau Berger stellt sich kurz persönlich vor und legt Ihre Gründe für die Wiedereinbürgerung dar. Sie fühlt sich als Maispracherin und hat auch immer noch regen Kontakt mit ihrer Verwandtschaft in Maisprach.

Das Wort wird aus der Versammlung nicht verlangt.

..//.. Die Wiedereinbürgerung von Berger Barbara, wird einstimmig genehmigt. Die Gebühr wird auf Fr. 100.-- festgelegt.

### **3. Erweiterung ZSO Sonnenberg - Vertragsgenehmigung**

Gemeindepräsident Paul Spänhauer stellt dieses Geschäft vor. Der stete Rückgang der Zivilschutzpflichtigen führt dazu, dass die einzelnen Gemeinden und Organisationen nicht mehr in der Lage sind, alle Chargen zu besetzen. Eine Lösung ist die weitere Regionalisierung des Bevölkerungsschutzes. So sollen mit dem neuen Vertrag die drei Verbände ZSO Sonnenberg, ZSO Möhlintal und ZSO Mittleres Fricktal zusammengeführt werden. Damit soll langfristig die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages gewährleistet werden. Die wichtigsten Chargen können professionalisiert werden und es gibt nur noch ein regionales Führungsorgan. Mit der Regionalisierung können auch die Kosten für die einzelnen Gemeinden reduziert werden. Der neue Verbund sieht folgende Lösung vor:

- ZSO Unteres Fricktal (Grundstruktur Typ 3)
- Rund 47'000 Einwohner
- 545 Angehörige des Zivilschutzes
- 100 % Zivilschutzkommandant
- 100 % Zivilschutzstellenleitung
- 50 % Administration
- Integration RFO
- Kosten: Fr. 14.— / Einwohner

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des neuen Vertrages mit der Erweiterung der bestehenden ZSO Sonnenberg. Der Vertrag ist vollständig in der Einladung zur Gemeindeversammlung abgedruckt.

Heinz Rüegg fragt, was geschieht, wenn die Gemeinde den Vertrag ablehnt. In diesem Falle müsste die Gemeinde selber schauen, wie der gesetzliche Auftrag erfüllt werden kann. Dies wäre sehr problematisch und würde bedeutend mehr Kosten verursachen. Margrith Thommen möchte wissen, welche Nachteile diese Regionalisierung hat. Ein Nachteil ist sicher die Grösse des Verbundes, da die Angehörigen des Zivilschutzes nicht mehr die guten Ortskenntnisse haben wie eine "lokale Truppe". Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht und es kann über die Vorlage abgestimmt werden.

..//.. Der Gemeindevertrag über den gemeinsamen Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Unteren Fricktal wird mit grossem Mehr gegen eine Stimme genehmigt.

### **4. Voranschlag 2008 und Steuerfüsse**

#### **4a) Voranschlag 2008**

Paul Spänhauer stellt den Voranschlag 2008 vor. Die Details sind auch in der Einladung abgedruckt. Trotz den verschiedenen Sparbemühungen muss erneut ein Defizit ausgewiesen werden. Die Eckdaten lauten:

Aufwand	Fr.	3'583'465
Ertrag	"	3'500'266
Aufwandüberschuss	Fr.	83'179
Cashflow	Fr.	204'591
Nettoinvestitionen	Fr.	274'000
Finanzierungsfehlbetrag	Fr.	69'409

Es ist zu beachten, dass der Voranschlag mit einem Steuersatz von 62 % erstellt wurde. Eine Reduktion würde zu einer weiteren Verschlechterung um rund 80'000 Franken führen. Nach den Erläuterungen wird die Diskussion frei gegeben.

Aline Kyburz möchte wissen, ob in den Investitionen für den Schulhausplatz nun ein Brunnen enthalten ist. Es ist nur vorgesehen, den Pausenplatz mit einem neuen Belag zu versehen und bei der Ausrüstung sind neue Sitzgelegenheiten und kleinere Spielgeräte vorgesehen. Günther Merz kann ergänzen, dass ursprünglich ein Brunnen und weitere Spielgeräte vorgesehen waren. Der Gemeinderat konnte Argumente vorbringen, die eine Überprüfung rechtfertigen. Edgar Kyburz möchte wissen, was in den Fr. 40'000 für Anpassung der Möhlinstrasse enthalten ist. Es geht darum die Einmündung der verschiedenen Strassen in die Möhlinstrasse anzupassen wenn der Kanton die Sicherheitsmassnahmen ausführt und nicht um Platzgestaltungen. Edgar Kyburz hakt nach, dass niemand wisse, was der Kanton mache. Peter Kaufmann, der für den Kanton das Projekt im Büro Dettwiler erstellt hat, gibt die nötigen Informationen. Es ist eine Anpassung der Strassenführung mit einer Verbesserung der Sicherheit für die Fussgänger projektiert. Die Arbeiten konnten, wegen Einsprache der Denkmalpflege, nicht mehr dieses Jahr ausgeführt werden, weshalb der Kredit für die Anpassungen wieder in den Voranschlag aufgenommen wurde. Hans Thommen erkundigt sich, ob die Arbeiten des Kantons Auswirkungen auf die Platzgestaltungen haben. Dies ist nicht der Fall, doch will die Denkmalpflege mitbestimmen. Christian Imhof erkundigt sich, ob die Möhlinstrasse an die Gemeinde abgetreten werden soll. Dies ist im neuen Richtplan so vorgesehen. Die Gemeinden wehren sich noch dagegen und der Gemeinderat hofft, dass die Abtretung im Richtplan gestrichen wird. Edgar Kyburz erkundigt sich, was mit der Hangsanierung in der Röti geht. Es sind immer noch Abklärungen im Gange, doch sollen die Arbeiten noch zu Lasten der Rechnung 07 ausgeführt werden.

Die Diskussion ist danach erschöpft und Thomas Hiltmann verliest den Bericht der Rechnungsprüfungskommission. In diesem wird ebenfalls die Genehmigung des Voranschlages beantragt.

..//.. Der Voranschlag 2008 wird einstimmig genehmigt.

#### **4b Festlegung der Steuersätze**

Vom Gemeindepräsidenten Paul Spänhauer wird der Antrag des Gemeinderates begründet. Die verschiedenen Defizite führen dazu, dass das Eigenkapital beinahe aufgebraucht ist. Einen beträchtlichen Rückgang der Steuern wurde durch die Gesetzesrevision (Familienbesteuerung) verursacht. In einigen Beispielen wird dargestellt, dass die meisten Steuerpflichtigen auch mit dem neuen Steuersatz weniger Steuern bezahlen als vor der Revision mit dem niedrigeren Satz. Zu beachten gilt es auch, dass Gelder aus dem Ausgleichsfonds in der Regel nur bezahlt werden wenn der Steuersatz über 60 % liegt. Dies ist im Hinblick auf eine allfällige Turnhalle wichtig. Nicht berücksichtigt ist die Erhöhung des Eigenmietwertes. Aus der Versammlung wird das Wort nicht verlangt und es kann zur Abstimmung geschritten werden.

..//.. Mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates gutgeheissen. Die Ansätze lauten:

62 % von der Staatssteuer	für natürlich Personen
0,5 % vom Einkommen	für den Feuerwehrpflichtersatz
4.5 % vom Ertrag und	
5,0 % vom Kapital	für juristische Personen

Es wird ausdrücklich festgehalten, dass durch die Annahme der Steuergesetzrevision an der Urnenabstimmung vom 25.11.07 der Steuersatz für das Kapital von Amtes wegen auf 3,5 % reduziert wird.

## **5. Anpassung Entschädigungen für Behörden und Kommissionen**

Günther Merz gibt die nötigen Informationen. Es handelt sich bei den Honoraren nicht um eine Erhöhung, sondern die Teuerung soll bei den Ansätzen wieder eingebaut werden. Eine Erhöhung ist bei den Stundenansätzen vorgesehen. Diese werden von Fr. 25.-- auf Fr. 30.-- erhöht. Ebenfalls sollen alle Aktuarien gleichgestellt werden. Sämtliche Anpassungen sind in der Einladung aufgeführt.

In der Diskussion möchte Heinz Rüegg wissen, ob die neuen Stundenansätze auch für die anderen Kommissionen und die Angestellten gilt. Dies ist der Fall, wobei es sich bei den Angestellten nur um Stunden handelt, welche im Auftrag von Kommissionstätigkeiten geleistet werden, da diese im Monatslohn angestellt sind und keine Zusatzstunden ausbezahlt werden. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

..//.. Die Änderung der Entschädigungen für Behörden und Kommissionen, als Anhang des Anstellungs- und Lohnreglements, wird einstimmig beschlossen.

## **6. Abrechnung Zonenplanung**

Die Abrechnung lautet:

Kredit vom 21.11.2003	Fr. 60'000.00
Gesamtkosten	" 81'167.30
<u>Kreditüberschreitung</u>	<u>Fr. 21'167.30 = 35,28 %</u>

Peter Kaufmann gibt die nötigen Erläuterungen. Bei einem solchen Projekt ist es schwierig, eine genaue Offerte zu machen, da man die genauen Aufwendungen im Voraus nicht kennt. Das Projekt hat sich auch über 2 ½ Jahre hingezogen und es waren verschiedene Mehraufwendungen zu verzeichnen. Dies speziell im Zusammenhang mit den Denkmalschutz zonen und der Gewerbezone. Ausserdem wurde das Mitwirkungsverfahren stark genutzt, was zu mehreren zusätzlichen Augenscheinen und Gesprächen führte. Es ist aber zu beachten, dass der Planer sämtliche Mehrausgaben belegen und begründen konnte. Auch wenn es mehr gekostet hat, ist dadurch aber erreicht worden, dass die Planung in einem Schritt und ohne Opposition genehmigt wurde.

Die Diskussion wird freigegeben. Felix Bosshard stellt fest, dass ein grosser Teil der Mehrkosten durch Forderungen des Kantons verursacht wurde. Dem muss zu-

gestimmt werden. Heinz Rüegg möchte wissen, was passiert, wenn die Abrechnung abgelehnt wird. Eigentlich nichts, denn die Summe ist ausgegeben. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

... Die Abrechnung der Zonenplanung Maisprach wird einstimmig genehmigt.

## **7. Information zur Situation Turnhalle**

Caroline Weiss gibt zu diesem Thema die nötigen Informationen. Bei der jetzigen Halle, welche 1967 erbaut wurde, besteht ein grösserer Sanierungsbedarf. Da aber das Platzangebot und die Infrastruktur nicht ausreichend sind, hat der Gemeinderat durch einen Architekten die möglichen Lösungen abklären lassen. Es gibt folgende drei Möglichkeiten:

<b>Variante</b>	<b>Vorteil</b>	<b>Nachteil</b>
A) Sanierung der alten Halle ohne Erweiterung und Neubau.	Billigste Variante.	Keine Verbesserung beim Platzangebot und weiterhin keine ausreichende Infrastruktur.
B) Minimalsanierung der alten Halle und Neubau einer reinen Doppel-Turnhalle ohne Bühne und Küche.	Optimales Platzangebot. Bei der alten Halle besteht durch geringere Nutzung kleinerer Sanierungsbedarf. Die getätigten Investitionen bleiben erhalten.	Zwei Liegenschaften im Unterhalt. Grösserer Landbedarf.
C) Abriss der alten Halle und Neubau einer neuen Turnhalle mit Bühnen- und Kücheneinrichtung für Festanlässe.	Nur ein Gebäude im Unterhalt. Weniger Landbedarf.	Geringeres Platzangebot. Nur Doppelturnhalle, daher nur minimale Verbesserung bei der Nutzung. Die getätigten Investitionen sind verloren.

Basierend auf konkreten Projekten und Richtofferten muss bei den drei Varianten von folgenden Kosten ausgegangen werden:

A) Sanierung alte Halle	Fr. 820'000.--
B) Sanierung alte Halle und neue Doppelturnhalle	Fr. 5'000'000.--
C) Abriss alte Halle und Neubau neue Halle	Fr. 5'000'000.--

Die Varianten B und C kommen etwa gleich zu stehen, da in der neuen Halle keine Küche und keine Bühne eingebaut werden müsste. Dem Gemeinderat geht es in diesem ersten Schritt darum, die Stimmung der Bevölkerung zu spüren. Er ist der Meinung, dass die Variante B in Frage kommt. Diese bietet ein optimales Platzangebot und die bereits getätigten Investitionen bleiben erhalten.

Nach den Erläuterungen wird die Diskussion freigegeben. Heinz Rüegg hat in Erinnerung, dass bei der Gewerbelanddiskussion argumentiert wurde, dass diese Parzelle für Feste und grössere Anlässe freigehalten werden muss. Markus Graf hat mit den Vorständen der anderen Turnvereine die Situation geprüft und legt mit

verschiedenen Folien dar, wie die Turnhalle momentan genutzt wird. Die Abklärungen haben auch ergeben, dass die meisten Vereine zusätzlichen Bedarf haben. Man ist bei den Überlegungen zum gleichen Schluss gekommen wie der Gemeinderat und findet, dass die Variante B zu bevorzugen ist. Sie bietet ideale Platzverhältnisse und die Bedürfnisse in sportlicher und kultureller Hinsicht können damit erfüllt werden. Edgar Kyburz erkundigt sich, ob man sich über die Finanzierung schon Gedanken gemacht hat. Dies ist nicht der Fall, da man zuerst die Stimmung bei der Bevölkerung spüren will. Stefan Imhof findet die Lösung gut, diese bringt auch den Chören oder anderen Vereinen Ausweichmöglichkeiten. Pirmin Lang findet die Variante B nicht ideal. Um den Anforderungen für kulturelle Anlässe und auch für Behinderte gerecht zu werden, ist die Variante C zu bevorzugen. Susanne Küng möchte wissen, ob bei der Variante B die gleiche Sanierung der alten Halle erfolgt wie bei A. Dies ist nicht der Fall. Durch die niedrigere Nutzung können gewisse Sanierungen (z.B. Böden) zurückgestellt werden. Auch müsste die Heizung nicht saniert werden. Heinz Rüegg ist der Meinung, dass der Bund in nächster Zeit den Sport stark fördern wird und es dadurch auch noch Gelder geben wird. Für Marcel Brühwiler sind die Wünsche nun klar und der Gemeinderat sollte sich nun auf Sponsorsuche machen. Markus Graf möchte dem Gemeinderat den Auftrag erteilen, die Angelegenheit zügig weiter zu verfolgen.

In einer Konsultativabstimmung ermittelt der Gemeinderat, welche Variante mehr Zustimmung erhält:

..//.. Für Variante A stimmt eine Person  
Für Variante B stimmt die grosse Mehrheit  
Für Variante C vier Personen

## **8. Verschiedenes**

- Paul Spänhauer gibt einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Jubiläumsjahr. Am 1. Dezember findet nun noch das Abschlusskonzert statt.
- Paul Spänhauer macht darauf aufmerksam, dass im nächsten Februar die Wahlen des Gemeinderates stattfinden. Die bisherigen Amtsinhaber sind bereit, sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stellen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Präsident macht darauf aufmerksam, dass die Traktanden 2, 3 und 5 dem fakultativen Referendum unterstehen.

Mit dem Hinweis auf die Freinacht bis 01.00 Uhr kann der Präsident die Versammlung um 22.15 Uhr schliessen.

Der Präsident:

Der Verwalter: